

GRÜNE, SPD und LINKE Gemeinderatsfraktionen, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe

26.10.2020

## HAUSHALT

2021

Antrag zum Thema

### Beratung von Krebskranken durch freie Träger - Gesundheitsdienste

▶ Zuordnung im Haushaltsplan				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt			
▶ 270	▶ 5000			
Ergebnishaushalt: Produktbereich   Produktgruppe   Schlüsselposition				
▶ PB41/PG4140-500				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme				
▶				
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen				
Art	2021	2022	2023	2024
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung				
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen				
Transferaufwendungen	218.000			
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
<input checked="" type="checkbox"/> Sperrvermerk				
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung				
▶ davon zahlungswirksam in				
Sonstige Änderungen				
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen				
s. Hinweis - F1-Taste !				

## ▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ AWO Karlsruhe gemeinsam mit Diakonischem Werk Karlsruhe: psychosoziale Beratungsstelle für Krebskranke und ihre Angehörigen

## ▶ Sachverhalt | Begründung

---

Zuschuss, bis Regelfinanzierung durch Rentenversicherer und Land gesichert ist

---

Erhöhung der Förderung um 218.000 EUR. Die Erhöhung ist mit einem Sperrvermerk zu versehen.

---

Der Krebsberatungsstelle kommt eine immer wichtigere und bedeutendere Rolle zu, da Patient\*innen früher aus dem Krankenhaus entlassen werden und so vermehrt ambulante Hilfen in Anspruch nehmen müssen. Dem trägt die nun endlich beschlossene Regelfinanzierung Rechnung. Die Fördergrundsätze verlangen aber eine bessere Personalausstattung.

Um die Qualität gewährleisten zu können, ist also eine Erhöhung notwendig.

Dadurch vergrößert sich das Defizit bei dem noch ausstehenden Finanzierungsteil. Dies bringt die Beratungsstelle in Bedrängnis.

Der Antrag soll die Finanzierung sicherstellen, falls die zugesicherte Regelfinanzierung nicht oder nicht schnell genug kommt, ist also dringend notwendig zur Absicherung des weiteren Bestehens der hochfrequentierten, seit über 40 Jahren bestehenden Einrichtung.

Die antragsstellenden Fraktionen fordern daher, den Zuschuss um 218.000 Euro erhöht auf 325.000 Euro in den städtischen Haushalt einzustellen. Der Sperrvermerk dient der Berücksichtigung der Umstellung der Finanzierungssystematik

---

Unterzeichnet von:

Zoe Mayer, Aljoscha Löffler für die GRÜNE Fraktion

Parsa Marvi, Yvette Melchior, Irene Moser für die SPD-Fraktion

Lukas Bimmerle, Karin Binder, Mathilde Göttel für DIE LINKE-Fraktion